



UNSER ARCHIV

Archiv 2010

Grüne unterstützen Planungen der Verwaltung zu Klimaschutzkonzept

Mit großer Freude haben die Schwerter Grünen von den Planungen Adrian Morks zur Erstellung eines neuen Klimaschutzkonzepts erfahren. „Unserer Unterstützung kann sich Adrian Mork Gewiss sein“ so Monika Demant, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Rat, die auch schon für das Thema im Rahmen von InnovationCity mobil gemacht hat.

„Wir haben innerhalb unserer Fraktion in der vergangenen Zeit schon mehrfach über dieses Thema gesprochen und eine gemeinsame Richtung festgelegt“ erklärt Demant stellvertretend für ihre Fraktion weiter, die sich der großen Bedeutung und Aufgabe von CO₂-Einsparungen auch abseits von Klimaschutzwettbewerben bewusst ist. Bruno Heinz-Fischer, Ratsmitglied und Sprecher der Fraktion im Ausschuss für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt, sieht erhebliche CO₂-Einsparmöglichkeiten im Bereich von energetischen Gebäudesanierungen und der Nutzung erneuerbarer Energien. „Bei der Bewerbung für Innovation City waren alle Parteien Feuer und Flamme, jetzt können wir gemeinsam zeigen, wie wichtig uns allen der Ressourcenschutz wirklich ist.“ Die Grünen haben viele Ideen und können sich gut energiesparende Maßnahmen wie den Aufbau eines Nahwärmenetzes, Dach- und Fassadenbegrünungen und vermehrte Nutzung erneuerbarer Energien wie Wasser- und Windkraft, Biogasanlagen und vor allem Solarenergie vorstellen. „Dass die Stadt Schwerte dabei als Vorbild für die Bürgerinnen und Bürger vorangehen und ein neues Klimaschutzkonzept erarbeiten will, passt uns gut ins Konzept“ so noch einmal Heinz-Fischer. Es gibt seit Jahren erhebliche Anstrengungen von örtlichen Wohnungsgenossenschaften, Unternehmen und vielen Privaten, zukunftssicher mit Energie umzugehen, so dass die Stadt Schwerte als Ganzes nicht bei Null anfangen muss. Ein gemeinsam vereinbartes Ziel „30% CO₂-Einsparung bis 2020“ erscheint vor diesem Hintergrund durchaus realistisch und könnte den vielen positiven Ansätzen zusätzlichen Schub verleihen.

Heinz-Fischer selber wünscht sich dabei eine Art freiwilliger Kooperation und Zusammenarbeit zwischen Stadt, Politik, Vereinen und Schulen, um die Begeisterung aus dem gescheiterten InnovationCity- Projekt trotzdem zu nutzen und umzusetzen.

Grüne setzen sinnvolles städtebauliches Entwicklungskonzept für Schwerter Innenstadt vor bauliche Schnellschüsse

Städtebauliche Veränderung bietet immer die Chance, das Stadtbild aufzuwerten und ein Leitbild für gewünschte Entwicklung zu verfolgen. Das brachliegende Rottkampgelände in bester Lage der Schwerter Innenstadt trägt momentan sicherlich nicht zur Verschönerung bei. Soweit, so gut! Jetzt aber vorschnell etwas zu bauen, „egal wie es aussieht“, ist sicher nicht der richtige Weg. Zunächst ist selbstverständlich Recht und Gesetz einzuhalten, nicht nur bezüglich der Abstandsflächen, auch Aspekte des Brandschutzes werden eine Rolle spielen.

„Wir sollten gut überlegen, wie wir städtebauliche Qualität erreichen können und eine für die Innenstadt so bedeutende Fläche entwickeln“, so Monika Demant, Sprecherin der Grünen im Rat. Schnellschüsse verboten,

stattdessen lieber zweimal überlegen und ein sinnvolles Leitbild für die Innenstadt verfolgen! „Im Grunde benötigen wir ein vernünftiges Konzept für die Entwicklung im Innenstadtbereich, das alte und neue Gebäude zu einer Einheit zusammenfügt, das Raum lässt für Baumpflanzungen zur Verbesserung des Stadtklimas und demographische Aspekte berücksichtigt“.

PRESSEMITTEILUNG

Grüne kritisieren weiterhin Informationspolitik von Kreis und Stadt zum Thema Nickel

Nach den verwirrenden Geschehnissen rund um die Ergebnisse der Bodenproben, die der Kreis Unna im November 2009 im Umfeld der Deutschen Nickel AG entnommen hatte, haben die Grünen, wie bereits berichtet, eine Anfrage nach Umweltinformationsgesetz an den Kreis Unna gestellt. Die Antwort des Kreises Unna liegt den Grünen jetzt vor.

Fraktionsvorsitzende Monika Demant: „Das Vorgehen des Kreises ist in Bezug auf Ermittlung und Bewertung nicht zu kritisieren. Es wurden die strengsten Werte als Grundlage für die Bewertung gewählt.“ Umso verwunderlicher bleibt allerdings die mangelhafte und lückenhafte Informationspolitik vom Kreis Unna und der Stadt Schwerte. Laut den Antworten der Anfrage nach UIG wurden die Bodenproben im Juli und Oktober 2009 entnommen. Die Ergebnisse lagen dem Kreis, so weit aus den Anschreiben zur Übermittlung der Prüfberichte zu entnehmen ist, im Oktober 2009 vor. Zehn Monate sind für die Information eines eingeschränkten Kreises der Betroffenen (eben nur die, aus deren Gärten Bodenproben entnommen wurden) über eine schädliche Umwelteinwirkung allerdings eine absolute Frechheit. Zumal der Kreis selber in der Bewertung der Probenergebnisse zu dem Schluss kommt, dass Prüfwertüberschreitungen vorliegen und Staubeentwicklungen auf dem Grundstück dauerhaft vermindert werden sollen.

Demant weiter:“ Es bleiben weiter viele Fragen offen. Ob die Stadt Schwerte schon so frühzeitig über die Ergebnisse der Untersuchungen informiert worden ist und wie man die Anwohner der umliegenden Grundstücke, auf denen keine Proben entnommen aber ähnliche Testwerte zu erwarten sind, informieren will, bleibt unklar.“

Fest steht für die Grünen allerdings: Dr. Timpes Äußerungen auf den Einwohnerversammlungen liefen zum Teil auf eine den Ergebnissen widersprechende Beschwichtigung hinaus und Bürgermeister Böckelühr hat seinen Versprechungen über umfassende Information keine Taten folgen lassen.

Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

[Hier die Antwort vom Kreis Unna - Landrat](#)

Im Oktober 2009 wurden Bodenuntersuchungen im Stadtgebiet von Schwerte durchgeführt.

Oberflächennahe Bodenuntersuchungen im Umfeld der Deutschen Nickel GmbH in Schwerte.

[Infos dazu HIER.](#)

Presseartikel Der Westen - Schwerte, 27.10.2010, Matthias Reccius

Grüne: Atomkraft – Nein danke!

Schwerte. Ein marodes Atomkraftwerk, gelbe Atommüll-Behälter, ein Angela Merkel-Double in der Tonne und scheppernde, mit dem Atom-Symbol versehene Getränkedosen – betont plakativ präsentierten Bündnis '90/Die Grünen gestern Vormittag ihren Anti-Atomkraft Stand in der Fußgängerzone.

Kaum ein anderer Beschluss der schwarz-gelben Bundesregierung hatte in den vergangenen Monaten für so

viel Gesprächsstoff gesorgt, wie die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Die Schwerter Innenstadt war eine von 31 Stationen auf einer „Tour durch NRW“, bei der die Grünen im Zuge der heutigen Abstimmung über das Vorhaben im Bundestag gegen die Pläne mobil machten.

„Die Bundesregierung wird von ihrer Mehrheit im Parlament sicher Gebrauch machen. Das können wir nicht verhindern“, musste Tour-Organisator Harald Schwalbe eingestehen. „Aber in der Gesellschaft gibt es für die Laufzeitverlängerung keine Mehrheit“, ist er sich sicher. Die nach wie vor unbeantwortete Frage nach Endlagern wurde im Gespräch mit Passanten ebenso problematisiert wie die finanziellen Belastungen der heimischen Stadtwerke. „Wir wollen deshalb unseren Protest auch in Schwerte auf die Straße bringen und direkt an die adressieren, die verantwortlich sind: die Bundestagsabgeordneten von CDU und FDP“, betonte Parteisprecherin Monika Rosenthal. „Außerdem plädieren wir für eine standortnahe Zwischenlagerung, bis es Endlager gibt“, erklärte der Grünen-Landtagsabgeordnete Hans Christian Markert, seines Zeichens Sprecher für Umwelt-, Verbraucherschutz- und Atompolitik. Der zusätzliche Atommüll betreffe und gefährde auch das Zwischenlager Ahaus. Fraktionssprecherin Monika Demant freute sich indes über die bundesweite Beteiligung am Protest gegen die Pläne der Regierung. Zudem fühle sie sich an ihre eigene Jugend erinnert: „Meine alte Plakette kann ich heute wieder tragen, was jedoch nicht lustig, sondern traurig ist.“ Die heimischen Grünen warben auch für die Anti-Castor-Demo am 6. November in Dannenberg, die bereits großen Zuspruch erhalte.

+++ jetzt anmelden +++

Liebe Freundinnen und Freunde,

der vom Bonner Anti-Atom-Bündnis geplante Sonderzug "X-Train" zur Anti-Atom-Demo ins Wendland kommt leider nicht zustande.

Ich möchte nochmal auf unsere GRÜNEN Busse hinweisen, die am 6. November beispielsweise von Aachen über Köln, Düsseldorf, Essen, Dortmund, Münster und Bielefeld ins wendländische Dannenberg und wieder zurück fahren. Die Busrouten durch NRW sind abhängig von den Anmeldungen und könnten daher auch anders verlaufen. Die Fahrt wird am 6. November früh morgens starten, so dass alle pünktlich zur Demo kommen, die um 13 Uhr in Dannenberg beginnt. Die Busse werden nach der Demo wieder zurück fahren, so dass sie am späten Samstagabend bzw. in der Nacht wieder in NRW sind. Natürlich ist es auch möglich, mit dem Bus nur hinzufahren, um in den folgenden Tagen im Wendland weiter gegen Atomenergie zu demonstrieren. Der Fahrpreis beträgt 30 Euro, ermäßigt 15 Euro, und ist direkt im Bus zu bezahlen.

Damit wir die Planungen für unsere GRÜNEN Demo-Busse ins Wendland verfeinern können (insbesondere die Orte, wo man in NRW einsteigen kann), meldet euch bitte schnellstmöglich unter www.gruene-nrw.de/gorleben2010.html an. Wir werden am 28.10. die Abfahrtsorte festlegen. Wer sich angemeldet hat, bekommt eine Bestätigung per Mail und Anfang November Abfahrtszeit, Abfahrtsort und weitere Infos zugeschickt.

Weitere Infos zur Demo gibt es unter: www.gruene.de/themen/gorleben-stoppen.html oder www.castor2010.de

Auf ins Wendland: "Atomkraft - Nein Danke!"

Viele Grüße

Harald Schwalbe

Liebe Freundinnen und Freunde in Deutschland,

am Donnerstag entscheidet der Bundestag über eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken. Sigmar Gabriel wird für uns noch vor der Abstimmung einen Appell von 200.000 Stimmen direkt ins Herz des Bundestags senden. Unterschreiben Sie die Petition jetzt:

Nächsten Donnerstag entscheiden die Mitglieder des Bundestags in einer kritischen Abstimmung über Deutschlands Energiezukunft. Der Schwarz-gelbe Gesetzentwurf sieht eine deutliche Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken vor, sodass manche bis 2035 am Netz bleiben würden.

Angela Merkel's Hinterzimmer-Deals mit der Atomlobby lösten in der Bevölkerung gewaltige Empörung aus, und Politiker wissen, dass wir Bürgerinnen und Bürger ihnen bei dieser Abstimmung auf die Finger schauen. SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel wird unseren Appell kurz vor der endgültigen Abstimmung am Donnerstag in seiner Ansprache vor dem Plenum des Bundestages einbringen und so vielleicht den Ausschlag für Stimmen gegen das Gesetz geben.

Lassen Sie uns ihm und den anderen Gegnern des Atom-Gesetzes die nötigen Druckmittel geben indem wir 200.000 Bürgerstimmen sammeln und direkt in den Bundestag senden. Unterzeichnen Sie jetzt und leiten Sie diese E-Mail sofort an Freunde weiter:

http://www.avaaz.org/de/ausstieg_jetzt/?v

Die Atomlobby drängte die Bundesregierung mit ihrer aggressiven Kampagne zu längeren Laufzeiten, so dass die AKW-Betreiber möglichst lange ihre enormen Gewinne aus den alternden Reaktoren erwirtschaften können. Auf schamlose Weise erhöhte die Lobby den Druck mit einer Anzeigenkampagne und einem dreisten "Bestechungs-Angebot" von 30 Milliarden Euro für längere Laufzeiten. 59% der Wähler sind gegen längere Laufzeiten. Auch wenn der Druck der Öffentlichkeit Merkel bis jetzt nicht stoppen konnte, deutsche Politiker erkennen mittlerweile das hohe politische Risiko, das sie mit ihrer Unterstützung der Laufzeitverlängerungen eingehen.

Ohne Lösung zur Endlagerung des radioaktiven Mülls und mit mehreren veralteten Reaktoren wie Krümmel und Brunsbüttel, die ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen, wollen die deutschen Bürgerinnen und Bürger, dass ihre Regierung in sichere, erneuerbare und nachhaltige Energien investiert. Gerade jetzt, wo mutige Schritte im Klimaschutz dringend erforderlich sind, untergräbt Angela Merkels Plan umfangreiche Investitionen in erneuerbare Energien und bedroht Deutschlands Führungsrolle in diesem Sektor.

Lassen Sie uns nun mit einer massiven Protestwelle die Abgeordneten dazu bewegen im Auftrag der Bürger abzustimmen, und nicht im Interesse der Atomlobby. Uns bleiben nur wenige Tage! Unterzeichnen Sie die Petition für den Ausstieg und für sofortige Investitionen in erneuerbare Energien. Senden Sie diese E-Mail an Freunde, Bekannte und an alle, denen die Zukunft unseres Landes etwas bedeutet:

http://www.avaaz.org/de/ausstieg_jetzt/?v

Vor fast 10 Jahren hat Deutschland einen mutigen Schritt gemacht, als die Weichen für einen verantwortungsvollen Atom-Ausstieg gestellt wurden. Lassen Sie uns nun verhindern, dass Deutschlands weltweite Führungsrolle im Bereich der erneuerbaren Energie aufs Spiel gesetzt wird. Handeln Sie jetzt und verbreiten Sie diesen Aufruf

Hoffnungsvoll,
Julius, Stephanie, Pascal, Alice und das ganze Avaaz-Team

Quellen

Greenpeace-Studie: Nutzung der Kernkraft seit 1950 mit mehr als 200 Milliarden Euro gefördert worden (Die Zeit)

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-10/atomkraft-subventionen-greenpeace>

Avaaz-Anzeigenkampagne: Atomgegner blasen zur Werbeschlacht gegen Merkel (Handelsblatt)

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/anzeigenkampagne-atomgegner-blasen-zur-werbeschlacht-gegen-merkel;2662390>

RWE stoppt Mehrausgaben für erneuerbare Energien (Handelsblatt)

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/nach-atom-deal-rwe-stoppt-mehrausgaben-fuer-erneuerbare-energien;2676518>

Regierungsgutachter steht Stromkonzernen nahe (Spiegel)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,714013,00.html>

ZDF-Politbarometer: 56% der Wähler sind gegen AKW-Laufzeitverlängerungen (ZDF)

<http://politbarometer.zdf.de/ZDFde/inhalt/15/0,1872,8105583,00.html?dr=1>

Regierung schweigt zur Milliarden-Offerte der Energiewirtschaft (Die Zeit)

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-08/atomkraftwerke-laufzeiten-regierung>

Milliarden-Belastungen befürchtet: Stadtwerke wehren sich gegen Atom-Kompromiss (FAZ)

<http://www.faz.net/s/Rub8D05117E1AC946F5BB438374CCC294CC/Doc~E82A059F1F50542ACB5EBF4B27D2AC267~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Atomstrom versorgt nur wenige, die aber blendend (The European)

http://www.theeuropean.de/stefan-gaertner/3942-atomstrom-versorgt-nur-wenige-die-aber-blendend?utm_source=THE+EUROPEAN+-+Newsletter&utm_campaign=49e8d200ae-The+European+Newsletter&utm_medium=email

Unterstützen Sie das Avaaz Netzwerk! Wir finanzieren uns ausschließlich durch Spenden und akzeptieren kein Geld von Regierungen oder Konzernen. Unser engagiertes Online-Team sorgt dafür, dass selbst die kleinsten Beträge effizient eingesetzt werden -- [Spenden Sie hier](#).

Antrag zur Beratung im Haupt-, Personal- und Gleichstellungsausschuss am 30.11.2010 Barrierefreiheit im Rathaus I/ Teilnahme von Menschen mit Behinderung an öffentlichen Sitzungen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Böckelühr,

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen bittet Sie, folgenden Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung des Haupt-, Personal- und Gleichstellungsausschusses am 30.11.2010 zu setzen:

Tagesordnungspunkt:

Barrierefreiheit im Rathaus I / Ermöglichung für Menschen mit Behinderung, von ihrem Recht der Teilnahme an Ausschuss- und Ratssitzungen teilzunehmen, Gebrauch zu machen.

Beschlussvorschlag:

Um Menschen mit Behinderung die Teilnahme an Ausschuss- und Ratssitzungen zu ermöglichen, werden innerhalb des Ratssaales vier Plätze vorgehalten.

Begründung:

Nach dem Demokratiegebot des Grundgesetzes ist es Gemeindewohnerinnen und Einwohnern möglich, am öffentlichen Teil der Sitzungen von Ausschüssen und Rat teilzunehmen. Folglich sollen die Sitzungsräume so gewählt werden, dass sie ausreichend und erreichbar sind.

Da die Empore des Ratssaals für Menschen mit Behinderung nicht erreichbar ist, schließt es dieses Recht aus. Da zurzeit keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen und es darüber hinaus Einschränkungen durch Denkmalschutzauflagen gibt, sollten entsprechende Plätze im Ratssaal zur Verfügung gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen,
Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

PRESSEMITTEILUNG

Die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Schwerte will Licht ins Dunkle bringen.

Nach den verwirrenden Geschehnissen rund um die Ergebnisse der Bodenproben, die der Kreis Unna im November 2009 im Umfeld der Deutschen Nickel AG entnommen hatte, haben die Grünen jetzt eine Anfrage nach Umweltinformationsgesetz an den Kreis Unna gestellt.

Fraktionsvorsitzende Monika Demant: "In der Anfrage fordern wir die Behörde auf, Informationen über den genauen Ort der Entnahmestellen der Bodenproben sowie die vollständigen Messergebnisse zu übermitteln." Außerdem möchten die Grünen wissen, ob und auf welcher Grundlage der Kreis die Analyseergebnisse auch hinsichtlich der Erfordernis weiterer Untersuchungen und Schutzmaßnahmen bewertet hat. Auch nehmen die Grünen konkret Bezug auf die städtischen Grundstücke in dem Untersuchungsgebiet. Demant erklärt dazu weiter, dass sie durch die Anfrage herausfinden möchten, ob es richtig ist, dass der Kreis Unna der Stadt Schwerte als Eigentümerin bzw. Pächterin von 2 Grundstücken in dem betroffenen Gebiet empfohlen hat, das Aufwirbeln von Staub zu unterbinden und welche Messwerte gegebenenfalls dazu Anlass geben.

Zu den vielen Unklarheiten war es gekommen, weil der Kreis Unna sich in dem aktuellen Schreiben an die Grundstückseigentümer lediglich auf die alten Messwerte aus dem November 2009 bezog. Die Grünen kritisieren hier das Vorgehen des Kreises, weil es keine neuen Werte oder Erkenntnisse gab, man aber zu ganz anderen Schlussfolgerungen kam als bei der Bürgerinformationsveranstaltung im Mai diesen Jahres. Demant: "Nachdem man von Seiten des Kreises die Verzehr- und Anbauempfehlungen wieder aufgehoben hatte, kommt man jetzt plötzlich zu der Empfehlung, auf den städtischen Grundstücken das Aufwirbeln von Staub zu vermeiden." Die Grünen sehen also dringenden Aufklärungsbedarf vom Kreis Unna und fordern eine weitere Bürgerinformationsveranstaltung durch den Kreis, nehmen aber auch die Stadt Schwerte nicht ganz aus der Kritik aus. Auch die Stadt habe es mehrfach versäumt, die Messwerte wie vereinbart auf der städtischen Homepage zu veröffentlichen und somit zu einer besseren Aufklärung der Bürger beizutragen, so Monika Demant abschließend.

Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

ANFRAGE nach § 2 des Umwelt-Informationsgesetzes

Bodenbelastung mit Nickel im Umfeld der Deutschen Nickel AG Schwerte, Bewertung, Maßnahmen

Sehr geehrter Herr Dr. Timpe, sehr geehrte Damen und Herren,
gemäß § 2 des Umweltinformationsgesetzes Nordrhein-Westfalen (UIG NRW) bitte ich um Übermittlung folgender Umweltinformationen:

1.

Im bzw. um den November 2009 wurden im Umfeld der Deutschen Nickel AG und der Fa. Lewi an verschiedenen Stellen Bodenproben entnommen und auf den Gehalt an Schwermetallen, insbesondere Nickel, untersucht. Die Lage der Boden-Entnahmestellen sowie die Ergebnisse einschließlich ihrer Bewertung wurden bereits in einer EinwohnerInnenversammlung vorgestellt. Ich bitte um die Übermittlung der Lage der Boden-Entnahmestellen (z.B. durch eine entsprechende Karte des untersuchten Gebiets) sowie der vollständigen Ergebnisse (möglichst als Kopien der entsprechenden Messberichte durch die mit der Analyse beauftragten Stelle). So weit bestimmte Informationen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht übermittelt werden dürfen, bitte ich um eine geeignete Anonymisierung.

2.

Nach den Medienberichten in der Sache wurden die Analysenergebnisse auch hinsichtlich der Erfordernis weiterer Untersuchungen bzw. Vorsorge- und Schutzmaßnahmen bewertet. Ist das zutreffend? Und wenn ja, welche Grenzwerte im weitesten Sinne (d.h., auch Prüf-, Vorsorge- oder Maßnahmenwerte) wurden auf welcher Rechts- oder sonstiger Erkenntnisquellengrundlage für die Bewertung der Ergebnisse herangezogen? Falls eine detaillierte Bewertung der Ergebnisse für die einzelnen Boden-Entnahmestellen vorliegt, bitte ich um deren Übermittlung. So weit bestimmte Informationen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht übermittelt werden dürfen, bitte ich um eine geeignete Anonymisierung.

3.

Nach den Medienberichten in der Sache wurde der Stadt Schwerte als Eigentümerin bzw. Pächterin hinsichtlich zweier Grundstücke (Schulhof der Realschule Am Bohlgarten/Eintracht-Hauptschule und Bolzplatz am Holzener Weg) durch den Kreis Unna empfohlen, das Aufwirbeln von Staub durch geeignete Maßnahmen zu unterbinden. Ist das zutreffend? Und wenn ja, welcher Gefährdungspfad (Verschlucken, Einatmen) hat angesichts welcher Belastungswerte hierfür den Ausschlag gegeben?

Die Übermittlung der von mir gewünschten Informationen kann auf digitalem Wege als Word-, Excel- oder PDF-File erfolgen.

Mir ist bekannt, dass gemäß § 5 UIG NRW für die Übermittlung von Informationen Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben werden können.

Ich verweise auf die Fristen gemäß § 3 Abs. 3 des Umweltinformationsgesetzes des Bundes vom 22.12.2004, die gemäß § 2 UIG NRW auch im Rahmen dieses Gesetzes für die Zugänglichmachung der beantragten Informationen Gültigkeit haben.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen unter der Tel.-Nr. 02304-104384 oder per e-Mail unter info@gruene.schwerte.de zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,
Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

**Antrag zur Beratung im Jugendhilfe- und Sozialausschusses am 17.11.2010
Abschaffung des Gutscheinsystems für Flüchtlinge, die Leistungen nach dem
Asylbewerberleistungsgesetz beziehen und in Schwerte leben.**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Böckelühr,
die Verwaltung möge zunächst prüfen, ob über die Zuständigkeit des Jugendhilfe- und Sozialausschusses hinaus die Zuständigkeit des Rates der Stadt Schwerte gegeben ist.

Trifft dies zu, bitten wir um Aufnahme des Antrages als Tagesordnungspunkt für die Ratssitzung am 02.12.2010

Antrag

Das Gutscheinsystem für Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, wird in Schwerte abgeschafft und auf das System der Bargeldauszahlung übergegangen.

Begründung

Wertgutscheine wirken diskriminierend, stigmatisierend und ausgrenzend. Wer damit bezahlt, fällt als AsylbewerberIn auf und ist somit abgestempelt. Zudem entstehen den NutzerInnen häufig Nachteile durch nicht ausgezahltes Wechselgeld und eingeschränktes Warenangebot.

Preiswerte Supermärkte nehmen Gutscheine nicht an, da an die Gutschein ausstellende Firma Provision gezahlt werden muss.

Darüber hinaus ist es nicht möglich, mit Gutscheinen das Angebot der Schwerter Tafel zu nutzen.

Menschen mit Asylstatus leben in Armut, die Regelsätze haben sich seit 1993 nicht geändert. Neben den Gutscheinen erhält der Einzelne 7 Euro in bar. Wenn man allein die Kosten für den öffentlichen Nahverkehr anschaut, ist ein Auskommen kaum möglich. Die zuständige Ausländerbehörde befindet sich in Unna und es entstehen z.B. Fahrtkosten durch Botschaftsbesuche. Nicht zuletzt soll die zuständige Abteilung bei der Stadt Schwerte in die „Karstadthallen“ verlegt werden. Auch hier ist von Kosten für die Busfahrt auszugehen, da der Weg vom Großen Feld nicht ohne weiteres zu Fuß zurückgelegt werden kann, insbesondere für kinderreiche Familien, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung.

Mit der Einschulungspauschale von 50 Euro für Schulkinder können nicht alle Kosten gedeckt werden.

Kosten für Verpflegung in Kindertageseinrichtungen und OGS werden zwar zur Hälfte vom SKF übernommen, die andere Hälfte ist jedoch bar zu zahlen.

Mit freundlichen Grüßen,
Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

Einladung für die Presse und alle interessierten Schwerter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN in Schwerte machen mit bei heißem Anti-Atom-Herbst Protest gegen geplante Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken

Einladung zur Presseaktion

am Mittwoch, den 27. Oktober

um 10.30 - 13.00 Uhr

bei der Pannekaukenfrau in der FuZo

mit Schwerter Grünen und dem grünen NRW-Landtagsabgeordneten und Sprecher für Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik und Atompolitik Hans Christian Markert

Der Atomdeal der Bundesregierung ist ein ökologischer und energiepolitischer Irrsinn. Längere Laufzeiten von Atomkraftwerken, die ungeklärte Endlagerfrage, eine Investitionsblockade in erneuerbare Energien sind die eine Seite. Aber auch zusätzliche Belastungen für die Kommunen drohen. "So auch für unsere Stadtwerke in Schwerte", erklärt Monika Rosenthal Sprecherin der Grünen in Schwerte.

"Wir wollen deshalb unseren Protest auch in Schwerte auf die Straße bringen und direkt an die adressieren, die verantwortlich sind: nämlich die Bundestagsabgeordneten von CDU und FDP."

Am Mittwoch, den 27. Oktober von 10.30 bis 13 Uhr werden wir mit einem maroden Atomkraftwerk in der Fußgängerzone bei der Pannekaukenfrau vor Ort sein und mit allen Interessierten über die Risiken der Atomenergie diskutieren - auch Angela Merkel und Guido Westerwelle schauen kurz vorbei.

Bei der Presseaktion, die sich insbesondere für die Bildberichterstattung eignet, sind auch die grüne Fraktionssprecherin Monika Demant und der Fraktionssprecher der Grünen Rupert Filthaus mit dabei.

PRESSEMITTEILUNG

Als Grüne in Schwerte freuen wir uns sehr über den Urteilsspruch des Landesverfassungsgerichts von Dienstag zur Finanzierung des U3-Ausbaues.

Das Urteil zeigt, wie wenig der früheren Landesregierung die Kinder und Kommunen in unserem Land wert waren.

Auch in Schwerte drohte der Ausbau der Kitaplätze aufgrund der alten Landesregierung zu scheitern.

Die Auseinandersetzung vor Gericht hätte die abgewählte Landesregierung vermeiden können, wenn sie rechtzeitig Gespräche mit den Kommunen geführt hätte. Stattdessen hat sie Bundesmittel aus dem Krippenkompromiss, die den Städten und Gemeinden zustehen, in die eigene Tasche gesteckt. Der Verbesserung unserer Infrastruktur und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde damit ein Bärendienst erwiesen.

Die neue Landesregierung hat bereits die volle Durchleitung der Bundesmittel zugesichert und auch im investiven Bereich Sofortmaßnahmen in die Wege geleitet. Für den weiteren U3-Ausbau muss aber auch der Bund seiner Verantwortung gerecht werden und den Kommunen grundsätzlich mehr Mittel zur Verfügung stellen.

PRESSEMITTEILUNG

Die rot-grüne Landesregierung hält Wort!

Zur Vorstellung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2010 durch die Landesregierung erklären Monika Demant und Rupert Filthaus, Fraktionsvorsitzende der Grünen in Schwerte:

Am Mittwoch wurde das neue Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) in den Landtag eingebracht. Der Gesetzesentwurf zeigt: die rot-grüne Landesregierung hält, was sie verspricht!

Das GFG sieht, wie versprochen, eine Soforthilfe für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2010 in Höhe von 300 Millionen Euro vor. Dazu wird zum einen der Anteil der Kommunen an der Konsolidierung des Landeshaushalts von 166 Millionen Euro gestrichen. Zum anderen werden die Kommunen wieder an den Erträgen des Landes an der Grunderwerbsteuer (ca. 135 Millionen Euro) beteiligt. Diese Summe von ca. 300 Millionen Euro werden als zusätzliche Mittel nach der Systematik des GFG 2010 aufgeteilt, das heißt, es findet eine Aufteilung auf die Schlüsselzuweisungen und die Investitionspauschalen statt.

Hinweis:

Insgesamt steigt damit die zu verteilende Finanzausgleichsmasse für die Kommunen im GFG 2010 um fast 4 Prozent auf 7,9 Milliarden Euro. Das Ministerium für Inneres und Kommunales legte auf der Basis des Gesetzesentwurfs außerdem eine Modellrechnung vor, woraus jede Kommune exakt ermitteln kann, wie viele zusätzliche Mittel sie aus dem kommunalen Finanzausgleich erhalten soll. Diese Modellrechnung ist im Internet unter <http://www.mik.nrw.de/bue/434.htm> abrufbar.

Demant und Filthaus freuen sich, dass ca. 650.000 Euro noch im Dezember in Schwerte ankommen werden, wenn der Landtag dem Nachtragshaushalt 2010 zustimmt. Die Grünen fordern daher auch die Abgeordneten der CDU/FDP/LINKE auf, dem Gesetz zu zustimmen.

Gleichzeitig sagen Demant und Filthaus aber auch: "Bevor jetzt neue Begehrlichkeiten aufkommen, sollten wir bedenken, dass die 650.000€ den zeitlichen Abstand zur bilanziellen Überschuldung der Stadt nur vergrößern. Die Zuwendungen sollten daher als kleiner Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushalts genutzt werden und nicht lang gehegte Träume von Politikern erfüllen."

Pressemitteilung

Es ist jetzt gut ein Jahr her, da haben wir Grünen die mangelhafte Informationspolitik der Umweltbehörden zum Thema Nickelbelastung thematisiert. Damals wurden Messergebnisse, die zur Besorgnis über eine Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung Anlass gaben, zwischen den Aufsichtsbehörden hin und her geschoben. Die Bürger fühlten sich hilflos und allein gelassen.

Jetzt, nach knapp einem Jahr, nach mehreren Bürgerversammlungen mit Entschuldigungen und Versprechen der Besserung seitens der Behörden, stellen wir fest: Es hat sich nichts geändert. Wieder ist der Betroffene, der Bürger; der Letzte, der etwas erfährt. Obwohl es um das wichtigste geht, die Gesundheit! Erst durch die Presse erfährt „Er“, dass die Messergebnisse der im November 2009 genommenen Bodenproben zu so weitreichenden Maßnahmen wie Sperrung von Schulhof und Bolzplatz führen. Die Aussage von Dr. Timpe, vom Nov.09: „Eine Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung besteht nicht“, hat nicht lange gehalten. Auf die Frage warum denn die Auswertung der Ergebnisse fast ein Jahr dauert ist dann die Antwort: „Es waren ja Ferien dazwischen“. Vertrauen schaffende Maßnahmen, seitens der Aufsichtsbehörde Kreis Unna, sehen und hören sich anders an.

Wir Grüne fordern eine umgehende Information der Öffentlichkeit und eine Ausweitung der Bodenproben.

Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

Sehr geehrter Herr Böckelühr,
hiermit beantragt die Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN in Schwerte, dass die Stadt Schwerte die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ des Bundesamtes für Naturschutz unterzeichnet. Bitte setzen Sie diesen TOP auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Demografie, Stadtentwicklung und Umwelt am 16.09.2010.

Begründung:

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2010 zum "Internationalen Jahr der Artenvielfalt" erklärt, um auf den weltweit akut drohenden Verlust der biologischen Vielfalt von Tieren und Pflanzen aufmerksam zu machen. Bereits 1992 hat Deutschland das Übereinkommen über die Biologische Vielfalt unterzeichnet und sich damit verpflichtet, dem Verlust der Biodiversität Einhalt zu gebieten. In Deutschland gibt es etwa 70.000 Tier- und Pflanzenarten. Davon sind bereits 7.000, also 10% gefährdet. Bei den „Höheren Tieren“, den Wirbeltieren, sieht es noch dramatischer aus: Hier sind sogar 35% gefährdet. Auch die Bestände früherer „Allerweltsarten“, wie z.B. die Feldlerche sind seit den 1980er Jahren in NRW um 75 Prozent drastisch eingebrochen. Gerade Städte, Gemeinden und Kreise sind z.B. beim Erhalt von Lebensräumen, der Abfallentsorgung und intelligenter Bauleitplanung gefordert den Verlust der Arten zu stoppen. Grünflächen unserer Städte könnten durch geeignete Planung und zielorientiertes Handeln wahre „Naturparadiese“ sein. Politik und Verwaltung haben in vielfältiger Weise große Einflussmöglichkeiten auf den Schutz unserer Natur.

Mit freundlichem Grüßen,
Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

Die Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen im Rat der Stadt Schwerte bitten Sie, folgenden Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 29.09.2010 zu setzen:

Tagesordnungspunkt: Verteilung der einzelnen Abteilungen der Stadtverwaltung Schwerte in den Räumlichkeiten in Rathaus I und in den neuen Räume in den ehemaligen Karstadthallen.

Beschlussvorschlag: Der Rat der Stadt Schwerte fordert den Bürgermeister der Stadt Schwerte auf, die publikumsintensiven Abteilungen der Verwaltung bei der geplanten Umverteilung im Rathaus I zu belassen bzw. dort unterzubringen.

Begründung:

Das Rathaus I ist der Mittelpunkt unserer Stadt und steht für Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit. Abteilungen der Bereiche Jugend, Familie und Soziales, soziale Hilfen und Rentenstelle, Wohngeldstelle sollten zentral in Rathaus I untergebracht werden. Sie werden häufig von Bürgerinnen aufgesucht, die auf einen Rollator angewiesen sind, Eltern mit Kleinkindern/ Kinderwagen, Bürgerinnen, die kein Auto zur Verfügung haben und auch bei Busfahrkarten überlegen müssen, ob sie sich diese leisten können.

Auch wenn eine Bushaltestelle an der Schützenstraße zur Verfügung steht, gestaltet sich der Weg zu den ehemaligen Karstadthallen nicht barrierefrei. Hier gibt es LKW-Verkehr zum Gewerbegebiet auf Zuwegen, die nicht mit Bürgersteigen ausgestattet sind. Für einen Menschen mit Gehbehinderung, die häufig kein eigenes Auto besitzen, kann der Weg unendlich lang sein.

In den Diskussionen um Rathaus II wurde der politische Wille deutlich, dass Abteilungen, die direkten Kontakt mit BürgerInnen haben, im Rathaus II untergebracht werden sollten. In diesem Sinne sollte die Raumverteilung gestaltet werden, nach dem Grundsatz: Die Verwaltung der Stadt Schwerte ist für ihre Bürgerinnen und Bürger da.

Mit freundlichem Grüßen,
Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

Anfrage der Fraktion Bündnis90 / Die Grünen zu den Rodungs- bzw. Pflegemaßnahmen auf der Look'schen Wiese

Sehr geehrter Herr Böckelühr,
für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen bitte ich Sie um die Beantwortung der folgenden Frage in der Sitzung des Ausschusses für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt am 16.09.2010.
Auf der Look'schen Wiese sind im August umfangreiche Pflegemaßnahmen durchgeführt worden: Wiese und Brombeerranken sowie andere Kleingewächse sind rigoros gemäht worden.
Gibt es Pläne oder Überlegungen seitens der Verwaltung, wie diese Fläche mittelfristig genutzt werden soll?
Gibt es Anfragen bzgl. möglicher Nutzungen dieses Grundstücks?

Mit freundlichen Grüßen,
Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

Macht mit: am Mittwoch, den 21. Juli - 11.00 Uhr - Protestaktion am Schwerter Bahnhof

Bringt Fahrräder, Kinderwagen, Gehwagen, Zwiebelporsche, Koffer, und auch Klappstühle mit, damit die Aktion ein Erfolg wird!!!

Und schickt die Mail bitte an Interessierte und vor allem an alle Betroffene - also eigentlich an alle Schwerter?
Liebe Grüße
Monika Rosenthal

OV B 90 / DIE GRÜNEN

bei Rückfragen: Tel.: 25 09 80

Markus macht Mobil – barrierefreie Bahnhöfe für NRW!

Der Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Markus Kurth startet mit seiner Kampagne für barrierefreie Bahnhöfe am Mittwoch, den 21.07.2010 in Schwerte!

Laut einer Statistik sollen in NRW 82% aller Bahnhöfe barrierefrei sein – viele Menschen mit Behinderungen machen jedoch andere Erfahrungen: An vielen Bahnhöfen fehlen Aufzüge und Rolltreppen, Informationen in Gebärdensprache und Leichter Sprache, Blindenleitsysteme und vieles mehr.

Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Eltern mit Kindern, Reisende mit Mobilitätseinschränkungen und Reisende mit schwerem Gepäck oder Fahrrädern können viele Bahnhöfe nur eingeschränkt oder überhaupt nicht nutzen.

So auch in Schwerte: Einen Aufzug sucht man hier vergeblich. Für Rollstuhlfahrer ist der Bahnhof damit nicht nutzbar und auch Eltern mit Kinderwagen und Menschen, die einen Rollator benötigen, können den Bahnhof nicht alleine nutzen.

Trotz vieler Appelle von Markus Kurth an Bahnchef Grube und weitere Verantwortliche der Bahn AG – in NRW tut sich kaum etwas. Benachteiligt sind häufig auch kleine Bahnhöfe, nach Angaben der Bahn lohnt es sich nicht, hier barrierefreie Zugänge zu schaffen.

Barrierefreiheit an Bahnhöfen ist für alle Reisenden von Vorteil!

Jeder und jede kann den Bahnhof ohne Einschränkungen weitgehend alleine oder mit Hilfe von Servicekräften nutzen

Barrierefreiheit bedeutet auch Sicherheit für alle Reisenden und die Vermeidung von Unfällen. Erst im letzten Jahr stürzte ein 78-jähriger Mann am Münsteraner Hauptbahnhof so schwer, dass er schließlich an seinen Verletzungen verstarb.

Barrierefreiheit bedeutet Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Barrierefreiheit bedeutet Bequemlichkeit für alle Reisenden

Ich unterstütze mit meiner Kampagne die Menschen in Schwerte bei ihrer Forderung nach einem barrierefrei zugänglichen Bahnhof!

Am 21. Juli ab 11:00 Uhr wird es hierzu eine Protestaktion mit Betroffenen am Schwerter Hauptbahnhof geben.

Treffpunkt ist der Haupteingang des Bahnhofes.

Dort steht Markus Kurth (Sprecher für Sozial- und Behindertenpolitik) für ein Pressegespräch zur Verfügung.

Wahlkreisbüro

Markus Kurth MdB

Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Ruhrallee 44

44139 Dortmund

Tel: 0231/5574660

Fax: 0231/5574661

Web: www.markus-kurth.de

„Wir machen Zukunft. Jetzt.“

“Schwerte wird leider nicht „Innovation City“, wir sammeln aber weiter Ideen für ein umwelt- und klimafreundliches Schwerte!

Schwerte kann leider nicht „Innovation City“ werden, da die Stadt nicht unter die 5 Finalisten des Wettbewerbs gekommen ist. Das bedauern wir Grüne sehr, setzen uns aber trotzdem für eine Umsetzung vieler guter Ideen zum Klima- und Umweltschutz in Schwerte ein. Die positive Energien und Begeisterungen für den Wettbewerb müssen trotzdem genutzt werden, daher suchen wir weiter nach kreativen Ideen aus der Bevölkerung!

Daher braucht Schwerte auch nach „Innovation City“ Sie und Euch alle und Ihre Projektideen! Nennen Sie uns Ihre Vorschläge für spannende, neue Klimaschutz-Projekte, die innerhalb Schwertes durchgeführt werden können und einen tollen Beitrag zum Klimaschutz in unserer Stadt leisten können! Hier einfach per Mail an uns!

Fraktionsanfrage Bündnis 90/ Die Grünen für den Jugendhilfe – und Sozialausschuss am 09.06.2010

Sehr geehrter Herr Böckelühr,

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bitte ich die Verwaltung um die Beantwortung der folgenden Fragen in der nächsten Sitzung des Jugendhilfe- und Sozialausschusses:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Situation der Schwerter Kinder, die behindert bzw. von Behinderung bedroht sind, darzustellen. Die Anfrage erfolgt vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention, die in Deutschland am 26. März 2009 in Kraft trat. Das Leitbild dieser Konvention beinhaltet die Verpflichtung, Menschen von Anfang an vollumfänglich in die Gesellschaft einzubeziehen.

Da eine Darstellung im letzten Kindertagesstättenentwicklungsplan nicht erfolgte, möchten wir hiermit das bedeutsame Thema erneut aufgreifen.

Wichtig ist uns, die Situation der Kinder mit Behinderung bzw. mit drohender Behinderung unabhängig der Altersgrenzen zu betrachten, zu sensibilisieren und Wege zu finden, wie sich der Anspruch aller Menschen auf Teilhabe an der Gesellschaft in Schwerte umsetzen lässt.

Die Verwaltung der Stadt Schwerte wird beauftragt, folgende Fragen im Jugendhilfe und Sozialausschuss am 09.06.2010 zu beantworten:

- Wie viele Kinder, die behindert bzw. von Behinderung bedroht sind, werden in Schwerte im Rahmen der wohnortnahen Integration in Regelkindertageseinrichtungen betreut und wie sind sie auf die einzelnen Kindertageseinrichtungen verteilt?
- Wie viele Kinder werden in der heilpädagogischen Gruppe in der Städt. Kindertageseinrichtung in Wandhofen betreut?
- Ist Wohnortnähe stets gewährleistet und wenn nicht, werden Fahrtkosten übernommen?
- Verpflichten sich alle Kindertageseinrichtungen in Schwerte der wohnortnahen Integration?
- Gibt es „feste“ Zusatzkräfte, um Kontinuität zu gewährleisten?
- Wie viele Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Schwerte gehen in den gemeinsamen Unterricht und an welchen Schulen werden sie betreut?
- Wie viele Kinder besuchen Förderschulen außerhalb von Schwerte?
- Sind IntegrationshelferInnen erforderlich? Wenn ja, wo und wie viele?
- Strebt die Schule an der Ruhr an, Kompetenzzentrum zu werden?
- Wie sieht es mit der gemeinsamen Erziehung im Bereich Sekundarstufe I/ II in Schwerte aus?
- Gibt es Tagesmütter/ väter für eine Randzeitenbetreuung für Kinder mit Behinderung?
- Was geschieht in den Ferien, wenn beide Elternteile berufstätig sind bzw. bei Alleinerziehenden?
- Sind die Kindertageseinrichtungen/ Schulen barrierefrei?
- Welche Förder- und Therapiemöglichkeiten gibt es in unserer Stadt?
- Welche Chancen gibt es für Jugendliche mit Behinderung, in Schwerte zu lernen, zu arbeiten und zu

wohnen?

- Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung der Stadt Schwerte, sich auf verschiedenen Ebenen mit diesem Thema zu beschäftigen?

Mit freundlichen Grüßen,

Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

Fraktionsanfrage Bündnis 90/ Die Grünen für den Ausschuss für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt am 10.06.2010

Sehr geehrter Herr Böckelühr,
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bitte ich die Verwaltung um die Beantwortung der folgenden Frage in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt:

Mit Antrag vom 01.10.2008, Drucksache-Nr. VII/1077, hat die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN beantragt, die Dauermessstation des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW für Schwebstaubteilchen (PM10) von der Schützenstraße (Rathaus II) zum Robert- Koch-Platz zu verlegen. In seiner Sitzung am 15.10.2008 ist der damalige Planungs- und Umweltausschuss diesem Antrag gefolgt und hat die Verwaltung beauftragt, dem LANUV NRW zu empfehlen, die Dauermessstation für Schwebstaubteilchen von der Schützenstraße an den Robert-Koch-Platz zu verlegen.

Da das LANUV NRW die Messstation an der Schützenstraße damals für unverzichtbar erklärt hat, sollte eine Verkehrszählung am Robert-Koch-Platz exakte Ergebnisse über die Verkehrsbelastung liefern und somit als Grundlage für weitere Handlungen, z.B. Einrichtung einer mobilen Messstation, dienen. Da seitdem kein weiterer Bericht über die Auswertung der Verkehrszählung und über mögliche Schlussfolgerungen erfolgt ist, bitte ich die Verwaltung um einen aktuellen Sachstandsbericht zu dem oben genannten Sachverhalt in der nächsten Sitzung des ADSU am 10.06.2010.

Mit freundlichen Grüßen,

Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN für die Beratung im Ausschuss für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt am 10.06.2010
Öffentlichkeitsarbeit bei Baumfällaktionen

Sehr geehrter Herr Böckelühr,
die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt zu setzen, zu beraten und zu beschließen.

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit bei notwendigen Baumfäll-aktionen nicht nur über Ursache und Zeitpunkt der Fällungen, sondern auch über Art, Umfang, Ort und Zeitpunkt der Ersatzpflanzungen zu informieren.

Begründung:

Nach den überraschenden Fällungen der Bäume am Kirschbaumsweg wurde nach Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in der Sitzung des ADSU am 28.01.2010 beschlossen, bei Baumfällaktionen im größeren Umfang die Öffentlichkeit immer über die Ursache für die notwendigen Fällungen und deren Zeitpunkt zu informieren. Dies geschieht seitdem, mit Ausnahme weniger Einzelfälle, deutlich besser und regelmäßiger als zuvor.

Neben der Information über Zeitpunkt und Ursache der Fällungen, ist es allerdings auch zwingend notwendig, weitere Einzelheiten über die Ersatzpflanzungen mitzuteilen. Auch hier muss die Öffentlichkeit frühzeitig über die Art und den Umfang der Ersatzpflanzungen sowie über den vorgesehene Ort, optimalerweise am Ort des Eingriffs, und den Zeitpunkt der Pflanzungen informiert werden. Nur so kann der Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar das Handeln der Verwaltung dargelegt werden und die Stadt kann ihrer Aufgabe als Vorbildfunktion gerecht werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

Pressemitteilung

Bündnis90/Die Grünen begrüßen die Bewerbung für Innovation City.

Auf ihrer Fraktionssitzung am Montag, 17.5.2010, widmeten sich die Grünen ausführlich der Bewerbung seitens der Stadt für das Projekt „Innovation City“ des Initiativkreises Ruhr.

Große und ungeteilte Unterstützung fand das ehrgeizige Ziel der 50-prozentigen Minderung der CO₂-Emissionen für die gesamte Stadt. Sofern Schwerte den Zuschlag für dieses Vorhaben erzielen sollte, würden sich die positiven Auswirkungen weit über den zukunftssträchtigen Umgang mit Energie bemerkbar machen, Schwerte würde für viele in vielerlei Hinsicht attraktiver werden. Allein schon der für den Politikbetrieb ungewöhnlich lange Projektzeitraum von 10 Jahren bietet große Erfolgsaussichten, die klare Zielperspektive ebenfalls. Außerdem sind in Schwerte seit Jahren viele Unternehmen, Betriebe, Institutionen und Privatpersonen erfolgreich aktiv; das Projekt Innovation City würde dieses Engagement zusätzlich bündeln, „kritische Masse“ erzeugen für eine Kettenreaktion, die sogar für Grüne erstrebenswert ist.

Erst gegen Ende Juni wird sich zeigen, ob Schwerte zu den 5 Kommunen gehört, die in der engeren Auswahl ihre Bewerbung für die endgültige Entscheidung weiter qualifizieren dürfen. Die Zeit bis dahin sollte nach Ansicht der Grünen nicht ungenutzt verstreichen: Es sollten Kontakte geknüpft werden, Projektbeiträge ausgetüfelt werden und vor allem sollten Bereitschaft und Begeisterung geschürt werden. Für die Suche nach einem prägnanten Leitmotiv hier ein erster, grüner Vorschlag: „Wir machen Zukunft. Jetzt.“.

Leserbrief

Schwerte und sein Mausloch zur Innenstadt

Es passiert etwas am Schwerter Bahnhof!? Auf meinem Weg zum Zug, am Bahnhof - denke ich, ich sehe nicht richtig - Passanten wundern sich - es wird gebaut - jawohl!!!

Aber nicht vor dem Bahnhof - nein innen - in der Halle, da wo sich im Winter Bahnnutzer aufhalten, weil sie warten müssen und nicht frieren wollen; ja, da wird gebaut!!!

Ein Wintergarten? Ein neues komfortable Reiseauskunftsbüro? Vielleicht ein Behindertenfahrstuhl? (nein, das wäre der falsche Platz) Etwa ein Viertel der Bahnhofshalle ist jetzt ausgefüllt mit einem Glaskasten.

"Soll das immer so bleiben?" fragen mich Reisende ungläubig.

"Das gib es doch gar nicht, dass die uns hier noch mehr Platz wegnehmen wollen!"

"Die sind doch bescheuert!" -

Nur einige der Äußerungen, die ich mitbekommen habe.

In der Eingangshalle passiert jetzt etwas - aber was?

Ich habe nachgefragt, der Zeitungs- und Bücherladen wird vergrößert (ähm? war der zu klein?). Das ist doch schön, dann können sich in Zukunft alle Wartenden mit noch mehr aktuellen Zeitungen und noch mehr guter Literatur die Zeit vertreiben.

Die Hauptsache ist doch, dass daran verdient wird.

Mit grünen Grüßen

Monika Rosenthal

Pressemitteilung

Die Fraktion Bd 90/ Die Grünen hat in ihrer letzten Sitzung die Nahversorgung der BürgerInnen in Ergste thematisiert.

Die in 2009 von der SPD vorgeschlagene und noch immer von ihr favorisierte Neuansiedlung des Edeka Marktes Am Wiesengrund wird weiterhin von uns abgelehnt.

Für den Neubau an dieser Stelle würde die letzte wertvolle und erhaltenswerte grüne Schneise in Ergste zugebaut. Zudem sieht der Entwurf den Bau von Parkplätzen in einem geschützten Landschaftsteil vor. Wir Grünen, so Rupert Filthaus, Fraktionssprecher, wollen den Bachlauf des Wannebaches mit seinen schützenswerten Uferbereichen und Sumpfbereichen erhalten und werden uns für eine ökologische Aufwertung des, am geplanten Edeka Standortes, entstandenen Wäldchen einsetzen. Die Neue Ergster Mitte muss nicht aus Edeka und Lidl bestehen sondern kann auch ein Stückchen Natur mit hoher Aufenthaltsqualität sein.

In einer Ortsbegehung im Rahmen der Fraktionssitzung am 03.05.2010 werden die Grünen sich u.a. mit dem von der CDU vorgeschlagenen neuem Edeka Standort Himmelmannsche Feld beschäftigen, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt des demographischen Wandels.

Pressemitteilung

Himmelmanns Feld soll ein Feld bleiben

In ihrer Fraktionssitzung vor Ort am 3.05.2010 informierten sich Bd. / Die Grünen in Ergste und prüften die zur Diskussion gestellten unterschiedlichen Standorte für eine veränderte Nahversorgung.

Lange Zeit wurde eine Fläche im Sauerfeld diskutiert, hier ist aber ein Biotop entstanden. Dieses ist unantastbar, handelt es sich doch nicht nur um eine ausgeschriebene Ausgleichsfläche für Wohnbebauung, sondern es gilt auch als geschützter Landschaftsbestandteil (§ 62 Landschaftsgesetz).

Auch das Himmelmannsche Feld ist in großem Umfang ein eingetragener geschützter Bereich. Mit der entsprechenden Pufferzone bleibt nur ein kleines Gebiet übrig, das kaum ausreichend für Vollsortimenter sein dürfte und auch aufgrund der topographischen Verhältnisse ungeeignet erscheint. Denn erstens ist es viel zu schmal und lang gestreckt, zweitens macht die Hügeligkeit eine Bebauung schwierig. Zudem gehört es zum Außenbereich von Schwerte, der nicht ohne weiteres überplanbar ist. All dies scheint der CDU, die unbedingt hier bauen will, unbekannt zu sein.

Grundsätzlich ist eine ausreichende Versorgung unter den jetzigen Bedingungen gegeben. Vom Standpunkt der Ergster BürgerInnen gibt es keinen Grund für eine Veränderung, die Meisten fühlen sich ausreichend und gut versorgt. Dies wurde auch im Gespräch mit BürgerInnen vor Ort deutlich. Im Gegenteil: Sie befürchten erhöhtes Verkehrsaufkommen und dadurch mehr Lärm.

Die viel besagte Fußläufigkeit ist schon jetzt nicht gegeben. Fußläufig erreichbar wird Himmelmannsfeld für die meisten Ergster jedenfalls nicht sein – es wird ein reiner Autostandort:

„Wir sehen die Nahversorgung in Ergste nicht gefährdet, können uns aber eine qualitative Veränderung des Einzelhandels am jetzigen Standort vorstellen. Wir benötigen neue Konzepte, die den demographischen Wandel berücksichtigen, wie sie auch im Demographiebericht beschrieben sind, z.B. Bringendienste und den Einsatz mobiler Händler.“, so Monika Demant, Fraktionssprecherin.

„Es wird viel über die „Neue Ergster Mitte“ gesprochen. Hier stellen wir uns nicht einen neu gebauten Vollsortimenter und Discounter vor, der am Ortseingang angesiedelt wäre; wichtig wäre ein Ort der Begegnung, an dem Menschen aller Altersgruppen zusammentreffen können.“

Pressemitteilung

Schwarz-Gelb begräbt Ausbauziele für Erneuerbare Wärme in NRW

Anlässlich des Förderstopps für Erneuerbare Energien im Wärmebereich sowie der nationalen Klimaschutzinitiative erklären die Schwerter Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/ Die Grünen Monika Demant und Rupert Filthaus:

Die schwarz-gelbe Bundesregierung stoppt ab sofort die nationale Klimaschutzinitiative sowie das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien im Wärmebereich. Diese Entscheidung von Union und FDP gefährdet allein in NRW über 28 000 Investitionen in mittelständischen Unternehmen und den Kommunen.

Gestoppt wird die Förderung für Solarkollektoren, Biomasseheizungen, kleine Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, Wärmepumpen sowie für Klimaschutzprojekte in Kommunen und das Programm zur Steigerung der Energieeffizienz in der Landwirtschaft und im Gartenbau.

Die Sperre beim erfolgreichen Marktanzreizprogramm gefährdet nicht nur unzählige Arbeitsplätze in NRW und die Entwicklung einer innovativen Branche, sondern erweist auch dem Klimaschutz einen Bärendienst.

Wir Grünen fordern daher eine Aufstockung der Mittel, denn die Entscheidung von Schwarz-Gelb inmitten der Wirtschaftskrise trifft die zahlreichen mittelständischen Unternehmen und das Handwerk besonders hart. Sie hatten im Vertrauen auf die Seriosität der Politik investiert. Die Ökobranche in NRW und ganz Deutschland erwartet einen starken Markteinbruch. Weiterhin wird die Beibehaltung der Haushaltssperre dramatische Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft der Hausbesitzer haben.

Gerade jetzt in der Wirtschaftskrise sind diese Mittel besonders wichtig. Laut dem Bundesumweltministerium bringt jeder Fördereuro, der aus Bundesmitteln zum ökologischen Umbau der Gesellschaft genutzt wird, bis zu acht Euro an privaten Investitionen. Diese Bundesmittel bringen also einen doppelten Gewinn: zum einen setzen sie nachhaltige Anreize, Energie zu sparen und künftig weniger CO₂ auszustoßen. Zum anderen werden Arbeitsplätze im Handwerk und im Mittelstand geschaffen und gesichert.

Pressemitteilung

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Zur Umweltbelastung durch Nickel

Eine wirkliche Entwarnung für die Bevölkerung ist aus Sicht der Grünen nur gegeben, wenn über einen langen Zeitraum die Messwerte unterhalb des Grenzwertes liegen. „Wir haben ein großes Interesse daran, dass die Schwerter Bevölkerung weiterhin gut informiert wird“, so Monika Demant, Fraktionssprecherin der Grünen. „Die Nickelwerke sagen Transparenz zu und das ist auch gut so. Wir werden sie beim Wort nehmen.“ So fordern die Grünen eine kontinuierliche Messung der Bodenqualität in Gärten und auf Kinderspielplätzen

sowie des Feinstaubes in der Luft. Eine verständliche Darstellung der Messwerte ist erforderlich. BürgerInnen, die sich sorgen, können sich beim medizinischen Dienst des Kreisgesundheitsamtes beraten lassen, auch der BUND sagt Unterstützung zu.

**Presseerklärung vom 15. April 2010:
von OV-Sprecherin Monika Rosenthal:**

Die FDP und ihr unsäglicher Schul - Wahlkampf
Stand der FDP vor dem Ruhrtalgymnasium mit der Parole:
"Diese Schule wird geschlossen, wenn Grün mitregiert!"

Es gehört wohl zum Schäbigsten, was man machen kann, auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen Wahlkampf zu betreiben. Genau das geschieht, wenn die FDP den Schulfrieden stört und vor dem RTG behauptet, diese Schule wird geschlossen, wenn Grün mitregiert

Eine solche Parole ist nur geeignet, den Schülern Angst um ihre Zukunft einzujagen. Natürlich handelt es sich um eine blanke Lüge.

In keiner grünen Wahlaussage hat es je geheißen, man wolle Gymnasien dicht machen. Wir wollen - auch an Gymnasien - Schulen weiter entwickeln, damit sie Lernheimat für Kinder sind.

Von Abschaffen ist nicht die Rede. Natürlich kann eine Schule, die wegen der Schulzeitverkürzung viel zu viel Stoff zu vermitteln hat, keine Lernheimat sein. Da sind Korrekturen angebracht. Aber von Abschaffen keine Rede.

Wie verzeifelt muss man eigentlich sein, wenn man im Wahlkampf Kinder anlügt in der Hoffnung, so Punkte zu machen? Die FDP sollte sich schämen.

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN für die Beratung im Rat am 17.03.2010
Beteiligung der Stadt Schwerte an dem, vom Initiativkreis Ruhr geplanten Wettbewerb, „Innovation city“.**

Sehr geehrter Herr Böckelühr,
die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet Sie, nachfolgenden Antrag als weiteren Tagesordnungspunkt der Ratssitzung am 17.03.2010 aufzunehmen.

Antrag

Die Stadt Schwerte, vertreten durch den Bürgermeister, soll sich an dem, vom Initiativkreis Ruhr geplantem Wettbewerb, „Innovation city“ beteiligen.

Begründung

Mitten im ehemaligen Kohlerevier soll eine 50.000- Einwohner-Stadt mit allen derzeitigen technischen Möglichkeiten zur Ökostadt umgebaut werden.

Das Ziel sind gut 50 Prozent CO2-Einsparung durch Wärmedämmung der Häuser, Optimierung der Industrie, Elektroautos, Windräder und Solaranlagen. Zugleich soll die ganze Stadt saniert und erneuert werden.

Am Samstag (6. März) beschloss die Vollversammlung des Initiativkreises Ruhr, in dem die großen Unternehmen im Revier organisiert sind, den Start des Projekts. Das Land beteiligt sich; es steuert im ersten Schritt zu der gemeinsamen Projektgesellschaft mit dem Initiativkreis 500.000 Euro bei. Das ganze Projekt startet im Oktober 2010 mit der Festlegung der Musterstadt oder des Muster-Stadtteils. Es ist auf zehn Jahre angelegt.

In der sogenannten "Innovation city" sollen die verschiedenen Kohlendioxid-Sparmöglichkeiten erstmals im Großversuch zusammengebracht und vor allem koordiniert umgesetzt werden. Geplant ist etwa die Sanierung des gesamten Gebäudebestandes nach Möglichkeit bis auf Passivhausniveau. Damit lässt sich schon erheblich CO2 sparen. 500 Elektro-Autos, Wärmepumpen, Kraft-Wärme-Kopplung, Klein-Windräder für Mietshäuser und Solaranlagen sollen für umweltfreundliche Energieerzeugung sorgen.

Die Macher denken an moderne Energiesparkonzepte wie die Vernetzung aller Stromhaushalte über eine Leitzentrale. In Phasen hohen Energiebedarfs könnten dann nicht genutzte Stellen für kurze Zeit aus der Ferne abgestellt werden, ohne dass die Bewohner dies überhaupt bemerken. Elektroautos sollten in Anlehnung an einen erfolgreichen Pilotversuch in Ulm auch über Handy und das Internet vermietet werden. Ein Elektro- Stadtbuss soll für ältere Leute kostenlos verkehren.

Zugleich soll die Musterstadt auch baulich verschönert und etwa mit abgesenkten Bordsteinen für ältere Menschen zugänglicher werden. Schon jetzt haben sich viele Ruhrgebietsbürgermeister und die EU interessiert. Welche Stadt den Zuschlag bekommt, ermittelt eine Jury in einem Wettbewerb, der am 22. März offiziell ausgerufen wird.

Dabei wird eine Kommune ausgewählt, die in etwa dem statistischen Durchschnitt des Ruhrgebiets entspricht - also zwei Drittel der Fläche Wohnen, ein Drittel Gewerbe und Industrie. Ein reiner Industriestandort mit Stahlwerk oder Chemiefabrik wird es genauso wenig wie ein ländlicher Ort.

Wir Grünen meinen, da die Wahrscheinlichkeit der Berücksichtigung Schwertes bei der Auswahl für dieses Projekt sicherlich höher ist als bei einem Lottogewinn, sollten wir die Chance nutzen.

Mit freundlichen Grüßen,

Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

Hier findet ihr eine Informationsseite über eine Recyclingidee für Kunststoffe und Elektroschrott:

<http://sites.google.com/site/kryorecycling/>

**Aufruf des 'Bündnis gegen Rechts', Gelsenkirchen
gegen die Konferenz von 'Pro NRW' und den Aufmarsch der NPD am 26./27. März in Gelsenkirchen**
Quer-GE-stellt - am 26./27. März keine Nazi-Konferenz in Gelsenkirchen

Die rechtspopulistische Partei Pro-NRW und die faschistische NPD kündigen an, am 27. und 28.3.2010 Aufmärsche in Gelsenkirchen und gegen die Merkez-Moschee in Duisburg durchzuführen. Pro-NRW und NPD wollen wie in der Schweiz ein Minarettverbot durchsetzen. RassistInnen und NeofaschistInnen aus Deutschland und ganz Europa sind zu ihren Aufmärschen/Konferenzen bereits eingeladen. Wir stellen uns allen RassistInnen und NeofaschistInnen entgegen, egal woher sie kommen!

Am 26.3. stellt sich die rassistische Gruppe um K. Hauer (Ehemaliger Republikaner, wurde selbst bei den Reps rausgeworfen und ist nun Ratsmitglied für PRO NRW in Gelsenkirchen) in schlechter Tradition vor eine Moschee an der Horsterstraße. Am 27.3. wollen sie in Schloss Horst (Gelsenkirchen) einen „Parteitag veranstalten“.

Und am 28.3. rufen die Hetzer zu einem "Sternmarsch" gegen die Moschee in Duisburg Marxloh auf.

Nicht mit uns!

Pro NRW versucht ein Klima des Hasses in der Bevölkerung aufzubauen. Sie wollen uns spalten, indem sie behaupten, dass Gelsenkirchen nur die Heimat für Christen sei. Ihr Ziel ist klar und weitreichend: Sie wollen

nicht nur andere Religionen unterbinden, sondern Menschen mit einer Religionszugehörigkeit außer dem Christentum aus Deutschland (wieder) entfernen.

Das Bündnis gegen Rechts will eine Gesellschaft, die nicht auf Hautfarbe, Vermögen, Herkunft, Geschlecht, sexuelle Orientierung oder Religion schaut, sondern die Taten der einzelnen Menschen beurteilt.

Pro NRW fällt mit ihren Ansichten hunderte Jahre zurück, daher ist das Urteil für uns klar:

"Keine Nazi-Aktionen in Gelsenkirchen und anderswo - Keine geistige Brandstiftung für Pogrome!"

Wir rufen alle antifaschistischen Menschen auf, stellt euch am 26. März von 10-15 Uhr schützend vor die Moschee an der Horsterstraße!

Wir rufen am 27. März dazu auf, Schloß Horst mit Menschenketten für die Faschisten unzugänglich zu machen oder die Zufahrtswege zu blockieren. Das Schloß gehört uns und wir entscheiden darüber, ob dort Nazis einziehen dürfen!

Am 28. März treffen wir uns und fahren gemeinsam nach Duisburg, um den Menschen dort beizustehen.

Dabei ist unser Aktionskonsens klar:

Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen die Nazis. Von uns geht dabei keine Eskalation aus. Unsere Massenblockaden sind gewaltfreie Menschenblockaden. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

Es will über die Untriebe der Nazis informieren, betreibt Aufklärung und stellt sich diesen, wenn sie aktiv werden, in Gelsenkirchen in den Weg.

Uns reicht es nicht, Symbole zu setzen, weit weg von den Nazis. Unser Weg ist dabei die Aufklärung, Demonstration und der zivile Ungehorsam, nicht die Gewalt.

Wir wollen, dass sie erfahren, was wir von ihnen halten oder es gar schaffen, ihren Aufmarsch zu verhindern.

Wir arbeiten unter dem gemeinsamen Inhalt des Antifaschismus und missbrauchen dieses Ziel nicht zur Profilierung unserer Gruppen oder Personen.

UnterstützerInnen des Aufrufs: Bündnis 90/Die Grünen - Kreisverband Gelsenkirchen

Pressemitteilung

Schwarz-Gelb begräbt Ausbauziele für Erneuerbare Wärme in NRW

Anlässlich des Förderstopps für Erneuerbare Energien im Wärmebereich sowie der nationalen Klimaschutzinitiative erklären die Schwerter Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/ Die Grünen Monika Demant und Rupert Filthaus:

Die schwarz-gelbe Bundesregierung stoppt ab sofort die nationale Klimaschutzinitiative sowie das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien im Wärmebereich. Diese Entscheidung von Union und FDP gefährdet allein in NRW über 28 000 Investitionen in mittelständischen Unternehmen und den Kommunen.

Gestoppt wird die Förderung für Solarkollektoren, Biomasseheizungen, kleine Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, Wärmepumpen sowie für Klimaschutzprojekte in Kommunen und das Programm zur Steigerung der Energieeffizienz in der Landwirtschaft und im Gartenbau.

Die Sperre beim erfolgreichen Marktanzreizprogramm gefährdet nicht nur unzählige Arbeitsplätze in NRW und die Entwicklung einer innovativen Branche, sondern erweist auch dem Klimaschutz einen Bärendienst.

Wir Grünen fordern daher eine Aufstockung der Mittel, denn die Entscheidung von Schwarz-Gelb inmitten der Wirtschaftskrise trifft die zahlreichen mittelständischen Unternehmen und das Handwerk besonders hart. Sie hatten im Vertrauen auf die Seriosität der Politik investiert. Die Ökobranche in NRW und ganz Deutschland

erwartet einen starken Markteinbruch. Weiterhin wird die Beibehaltung der Haushaltssperre dramatische Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft der Hausbesitzer haben.

Gerade jetzt in der Wirtschaftskrise sind diese Mittel besonders wichtig. Laut dem Bundesumweltministerium bringt jeder Fördereuro, der aus Bundesmitteln zum ökologischen Umbau der Gesellschaft genutzt wird, bis zu acht Euro an privaten Investitionen. Diese Bundesmittel bringen also einen doppelten Gewinn: zum einen setzen sie nachhaltige Anreize, Energie zu sparen und künftig weniger CO₂ auszustoßen. Zum anderen werden Arbeitsplätze im Handwerk und im Mittelstand geschaffen und gesichert.

Pressemitteilung

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Zur Umweltbelastung durch Nickel

Eine wirkliche Entwarnung für die Bevölkerung ist aus Sicht der Grünen nur gegeben, wenn über einen langen Zeitraum die Messwerte unterhalb des Grenzwertes liegen. „Wir haben ein großes Interesse daran, dass die Schwerter Bevölkerung weiterhin gut informiert wird“, so Monika Demant, Fraktionssprecherin der Grünen. „Die Nickelwerke sagen Transparenz zu und das ist auch gut so. Wir werden sie beim Wort nehmen.“ So fordern die Grünen eine kontinuierliche Messung der Bodenqualität in Gärten und auf Kinderspielplätzen sowie des Feinstaubes in der Luft. Eine verständliche Darstellung der Messwerte ist erforderlich. BürgerInnen, die sich sorgen, können sich beim medizinischen Dienst des Kreisgesundheitsamtes beraten lassen, auch der BUND sagt Unterstützung zu.

Pressemitteilung

Schwarz-Gelb begräbt Ausbauziele für Erneuerbare Wärme in NRW

Anlässlich des Förderstopps für Erneuerbare Energien im Wärmebereich sowie der nationalen Klimaschutzinitiative erklären die Schwerter Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/ Die Grünen Monika Demant und Rupert Filthaus:

Die schwarz-gelbe Bundesregierung stoppt ab sofort die nationale Klimaschutzinitiative sowie das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien im Wärmebereich. Diese Entscheidung von Union und FDP gefährdet allein in NRW über 28 000 Investitionen in mittelständischen Unternehmen und den Kommunen.

Gestoppt wird die Förderung für Solarkollektoren, Biomasseheizungen, kleine Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, Wärmepumpen sowie für Klimaschutzprojekte in Kommunen und das Programm zur Steigerung der Energieeffizienz in der Landwirtschaft und im Gartenbau.

Die Sperre beim erfolgreichen Marktanzreizprogramm gefährdet nicht nur unzählige Arbeitsplätze in NRW und die Entwicklung einer innovativen Branche, sondern erweist auch dem Klimaschutz einen Bärendienst.

Wir Grünen fordern daher eine Aufstockung der Mittel, denn die Entscheidung von Schwarz-Gelb inmitten der Wirtschaftskrise trifft die zahlreichen mittelständischen Unternehmen und das Handwerk besonders hart. Sie hatten im Vertrauen auf die Seriosität der Politik investiert. Die Ökobranche in NRW und ganz Deutschland erwartet einen starken Markteinbruch. Weiterhin wird die Beibehaltung der Haushaltssperre dramatische Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft der Hausbesitzer haben.

Gerade jetzt in der Wirtschaftskrise sind diese Mittel besonders wichtig. Laut dem Bundesumweltministerium bringt jeder Fördereuro, der aus Bundesmitteln zum ökologischen Umbau der Gesellschaft genutzt wird, bis zu acht Euro an privaten Investitionen. Diese Bundesmittel bringen also einen doppelten Gewinn: zum einen setzen sie nachhaltige Anreize, Energie zu sparen und künftig weniger CO₂ auszustoßen. Zum anderen

werden Arbeitsplätze im Handwerk und im Mittelstand geschaffen und gesichert.

Himmelmanns Feld soll ein Feld bleiben

In ihrer Fraktionssitzung vor Ort am 3.05.2010 informierten sich Bd. / Die Grünen in Ergste und prüften die zur Diskussion gestellten unterschiedlichen Standorte für eine veränderte Nahversorgung.

Lange Zeit wurde eine Fläche im Sauerfeld diskutiert, hier ist aber ein Biotop entstanden. Dieses ist unantastbar, handelt es sich doch nicht nur um eine ausgeschriebene Ausgleichsfläche für Wohnbebauung, sondern es gilt auch als geschützter Landschaftsbestandteil (§ 62 Landschaftsgesetz).

Auch das Himmelmannsche Feld ist in großem Umfang ein eingetragener geschützter Bereich. Mit der entsprechenden Pufferzone bleibt nur ein kleines Gebiet übrig, das kaum ausreichend für Vollsortimenter sein dürfte und auch aufgrund der topographischen Verhältnisse ungeeignet erscheint. Denn erstens ist es viel zu schmal und lang gestreckt, zweitens macht die Hügeligkeit eine Bebauung schwierig. Zudem gehört es zum Außenbereich von Schwerte, der nicht ohne weiteres überplanbar ist. All dies scheint der CDU, die unbedingt hier bauen will, unbekannt zu sein.

Grundsätzlich ist eine ausreichende Versorgung unter den jetzigen Bedingungen gegeben. Vom Standpunkt der Ergster BürgerInnen gibt es keinen Grund für eine Veränderung, die Meisten fühlen sich ausreichend und gut versorgt. Dies wurde auch im Gespräch mit BürgerInnen vor Ort deutlich. Im Gegenteil: Sie befürchten erhöhtes Verkehrsaufkommen und dadurch mehr Lärm.

Die viel besagte Fußläufigkeit ist schon jetzt nicht gegeben. Fußläufig erreichbar wird Himmelmannsfeld für die meisten Ergster jedenfalls nicht sein – es wird ein reiner Autostandort:

„Wir sehen die Nahversorgung in Ergste nicht gefährdet, können uns aber eine qualitative Veränderung des Einzelhandels am jetzigen Standort vorstellen. Wir benötigen neue Konzepte, die den demographischen Wandel berücksichtigen, wie sie auch im Demographiebericht beschrieben sind, z.B. Bringedienste und den Einsatz mobiler Händler.“, so Monika Demant, Fraktionssprecherin.

„Es wird viel über die „Neue Ergster Mitte“ gesprochen. Hier stellen wir uns nicht einen neu gebauten Vollsortimenter und Discounter vor, der am Ortseingang angesiedelt wäre; wichtig wäre ein Ort der Begegnung, an dem Menschen aller Altersgruppen zusammentreffen können.“

Presseerklärung vom 15. April 2010:

von OV-Sprecherin Monika Rosenthal:

Die FDP und ihr unsäglicher Schul - Wahlkampf

Stand der FDP vor dem Ruhrtalgymnasium mit der Parole:

"Diese Schule wird geschlossen, wenn Grün mitregiert!"

Es gehört wohl zum Schäbigsten, was man machen kann, auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen Wahlkampf zu betreiben. Genau das geschieht, wenn die FDP den Schulfrieden stört und vor dem RTG behauptet, diese Schule wird geschlossen, wenn Grün mitregiert

Eine solche Parole ist nur geeignet, den Schülern Angst um ihre Zukunft einzujagen. **Natürlich handelt es sich um eine blanke Lüge.**

In keiner grünen Wahlaussage hat es je geheißen, man wolle Gymnasien dicht machen. Wir wollen - auch an Gymnasien - Schulen weiter entwickeln, damit sie Lernheimat für Kinder sind.

Von Abschaffen ist nicht die Rede. Natürlich kann eine Schule, die wegen der Schulzeitverkürzung viel zu viel Stoff zu vermitteln hat, keine Lernheimat sein. Da sind Korrekturen angebracht. Aber von Abschaffen keine Rede.

Wie verzweifelt muss man eigentlich sein, wenn man im Wahlkampf Kinder anlügt in der Hoffnung, so Punkte

zu machen? Die FDP sollte sich schämen.

Hierzu noch ein offener Brief an die Schulen in Schwerte

Sehr geehrte Schulleitung, sehr geehrtes Schulkollegium, sehr geehrte Eltern, sehr geehrte Schülerinnen und Schüler!

Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden bei der Landtagswahl am 9. Mai darüber, von wem und wie Nordrhein-Westfalen in Zukunft regiert wird.

Die Parteien werben für ihre Konzepte, für die richtigen Schritte im Land. Die Schulpolitik ist dabei ein sehr wichtiges und umstrittenes Feld. Es ist gut und richtig, dass an vielen Stellen darüber gesprochen und gestritten wird.

Die FDP hat nun begonnen, vor den Schulen Plakate aufzuhängen mit dem Text "Diese Schule wird geschlossen, wenn Rot-Grün regiert - Schulsterben durch die Einheitsschule."

Wir möchten uns in aller Form davon distanzieren, wie hier ein Schulkrieg an die Pforten der Schulen gebracht wird. Das beschädigt die politische Kultur der Auseinandersetzung und instrumentalisiert die Schulen. Wir halten das für politische Brandstiftung.

Wir können uns der Westfälischen Rundschau nur anschließen, die über die CDU schreibt, es sei „erbärmlich, wie sie bei Lehrern, Eltern und Schülern Ängste schürt, um Stimmen abzufischen.“

Wir sind zum Gespräch über unsere Vorstellungen bereit, auch und gerne in Podiumsdiskussionen, wie sie in vielen Schulen veranstaltet werden. Doch Angstkampagnen und Kampfbegriffe wie "Schulsterben" und "Einheitsschule" haben in einer solchen sachlichen Debatte keinen Platz. Wer solche Töne anschlägt, will von den Schwächen der eigenen Argumentation ablenken.

Viele Schulen möchten sich verändern. Wir wollen allen ermöglichen und alle ermutigen, neue Wege zu gehen. Die Schulen, die sich auf den Weg machen, werden wir dabei unterstützen.

Wir Grüne haben klare Ziele: Wir wollen längeres gemeinsames Lernen.

Wir sind davon überzeugt, dass dies die Schulen gerechter und leistungsfähiger macht.

Aber wir möchten, dass die Schulen mit den Kommunen über weitere Schritte entscheiden. Denn wir sind überzeugt: Notwendige Reformschritte gehen nur mit den Verantwortlichen in den Kommunen, mit den Schulen, mit den Lehrenden, Lernenden und Eltern.

Wir sind bereit, diese dringend notwendige Diskussion über Schule der Zukunft sachlich zu führen – ohne Schulkrieg. Vor der Wahl und nach der Wahl.

Sylvia Löhrmann, Spitzenkandidatin der Grünen in NRW

Pressemitteilung

Schwarz-Gelb begräbt Ausbauziele für Erneuerbare Wärme in NRW

Anlässlich des Förderstopps für Erneuerbare Energien im Wärmebereich sowie der nationalen Klimaschutzinitiative erklären die Schwerter Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/ Die Grünen Monika Demant und Rupert Filthaus:

Die schwarz-gelbe Bundesregierung stoppt ab sofort die nationale Klimaschutzinitiative sowie das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien im Wärmebereich. Diese Entscheidung von Union und FDP gefährdet allein in NRW über 28 000 Investitionen in mittelständischen Unternehmen und den Kommunen.

Gestoppt wird die Förderung für Solarkollektoren, Biomasseheizungen, kleine Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, Wärmepumpen sowie für Klimaschutzprojekte in Kommunen und das Programm zur Steigerung der Energieeffizienz in der Landwirtschaft und im Gartenbau.

Die Sperre beim erfolgreichen Marktanzreizprogramm gefährdet nicht nur unzählige Arbeitsplätze in NRW und die Entwicklung einer innovativen Branche, sondern erweist auch dem Klimaschutz einen Bärendienst.

Wir Grünen fordern daher eine Aufstockung der Mittel, denn die Entscheidung von Schwarz-Gelb inmitten der Wirtschaftskrise trifft die zahlreichen mittelständischen Unternehmen und das Handwerk besonders hart. Sie hatten im Vertrauen auf die Seriosität der Politik investiert. Die Ökobranche in NRW und ganz Deutschland erwartet einen starken Markteinbruch. Weiterhin wird die Beibehaltung der Haushaltssperre dramatische Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft der Hausbesitzer haben.

Gerade jetzt in der Wirtschaftskrise sind diese Mittel besonders wichtig. Laut dem Bundesumweltministerium bringt jeder Fördereuro, der aus Bundesmitteln zum ökologischen Umbau der Gesellschaft genutzt wird, bis zu acht Euro an privaten Investitionen. Diese Bundesmittel bringen also einen doppelten Gewinn: zum einen setzen sie nachhaltige Anreize, Energie zu sparen und künftig weniger CO₂ auszustoßen. Zum anderen werden Arbeitsplätze im Handwerk und im Mittelstand geschaffen und gesichert.

Pressemitteilung

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Zur Umweltbelastung durch Nickel

Eine wirkliche Entwarnung für die Bevölkerung ist aus Sicht der Grünen nur gegeben, wenn über einen langen Zeitraum die Messwerte unterhalb des Grenzwertes liegen. „Wir haben ein großes Interesse daran, dass die Schwerter Bevölkerung weiterhin gut informiert wird“, so Monika Demant, Fraktionssprecherin der Grünen. „Die Nickelwerke sagen Transparenz zu und das ist auch gut so. Wir werden sie beim Wort nehmen.“ So fordern die Grünen eine kontinuierliche Messung der Bodenqualität in Gärten und auf Kinderspielplätzen sowie des Feinstaubes in der Luft. Eine verständliche Darstellung der Messwerte ist erforderlich. BürgerInnen, die sich sorgen, können sich beim medizinischen Dienst des Kreisgesundheitsamtes beraten lassen, auch der BUND sagt Unterstützung zu.

Pressemitteilung

Schwarz-Gelb begräbt Ausbauziele für Erneuerbare Wärme in NRW

Anlässlich des Förderstopps für Erneuerbare Energien im Wärmebereich sowie der nationalen Klimaschutzinitiative erklären die Schwerter Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/ Die Grünen Monika Demant und Rupert Filthaus:

Die schwarz-gelbe Bundesregierung stoppt ab sofort die nationale Klimaschutzinitiative sowie das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien im Wärmebereich. Diese Entscheidung von Union und FDP gefährdet allein in NRW über 28 000 Investitionen in mittelständischen Unternehmen und den Kommunen.

Gestoppt wird die Förderung für Solarkollektoren, Biomasseheizungen, kleine Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, Wärmepumpen sowie für Klimaschutzprojekte in Kommunen und das Programm zur Steigerung der Energieeffizienz in der Landwirtschaft und im Gartenbau.

Die Sperre beim erfolgreichen Marktanzreizprogramm gefährdet nicht nur unzählige Arbeitsplätze in NRW und die Entwicklung einer innovativen Branche, sondern erweist auch dem Klimaschutz einen Bärendienst.

Wir Grünen fordern daher eine Aufstockung der Mittel, denn die Entscheidung von Schwarz-Gelb inmitten der Wirtschaftskrise trifft die zahlreichen mittelständischen Unternehmen und das Handwerk besonders hart. Sie hatten im Vertrauen auf die Seriosität der Politik investiert. Die Ökobranche in NRW und ganz Deutschland erwartet einen starken Markteinbruch. Weiterhin wird die Beibehaltung der Haushaltssperre dramatische

Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft der Hausbesitzer haben.

Gerade jetzt in der Wirtschaftskrise sind diese Mittel besonders wichtig. Laut dem Bundesumweltministerium bringt jeder Fördereuro, der aus Bundesmitteln zum ökologischen Umbau der Gesellschaft genutzt wird, bis zu acht Euro an privaten Investitionen. Diese Bundesmittel bringen also einen doppelten Gewinn: zum einen setzen sie nachhaltige Anreize, Energie zu sparen und künftig weniger CO₂ auszustoßen. Zum anderen werden Arbeitsplätze im Handwerk und im Mittelstand geschaffen und gesichert.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN für die Beratung im Rat am 17.03.2010

Beteiligung der Stadt Schwerte an dem, vom Initiativkreis Ruhr geplanten Wettbewerb, „Innovation city“.

Sehr geehrter Herr Böckelühr,
die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet Sie, nachfolgenden Antrag als weiteren Tagesordnungspunkt der Ratssitzung am 17.03.2010 aufzunehmen.

Antrag

Die Stadt Schwerte, vertreten durch den Bürgermeister, soll sich an dem, vom Initiativkreis Ruhr geplantem Wettbewerb, „Innovation city“ beteiligen.

Begründung

Mitten im ehemaligen Kohlrevier soll eine 50.000- Einwohner-Stadt mit allen derzeitigen technischen Möglichkeiten zur Ökostadt umgebaut werden.

Das Ziel sind gut 50 Prozent CO₂-Einsparung durch Wärmedämmung der Häuser, Optimierung der Industrie, Elektroautos, Windräder und Solaranlagen. Zugleich soll die ganze Stadt saniert und erneuert werden.

Am Samstag (6. März) beschloss die Vollversammlung des Initiativkreises Ruhr, in dem die großen Unternehmen im Revier organisiert sind, den Start des Projekts. Das Land beteiligt sich; es steuert im ersten Schritt zu der gemeinsamen Projektgesellschaft mit dem Initiativkreis 500.000 Euro bei. Das ganze Projekt startet im Oktober 2010 mit der Festlegung der Musterstadt oder des Muster-Stadtteils. Es ist auf zehn Jahre angelegt.

In der sogenannten "Innovation city" sollen die verschiedenen Kohlendioxid-Sparmöglichkeiten erstmals im Großversuch zusammengebracht und vor allem koordiniert umgesetzt werden. Geplant ist etwa die Sanierung des gesamten Gebäudebestandes nach Möglichkeit bis auf Passivhausniveau. Damit lässt sich schon erheblich CO₂ sparen. 500 Elektro-Autos, Wärmepumpen, Kraft-Wärme-Kopplung, Klein-Windräder für Mietshäuser und Solaranlagen sollen für umweltfreundliche Energieerzeugung sorgen.

Die Macher denken an moderne Energiesparkonzepte wie die Vernetzung aller Stromhaushalte über eine Leitzentrale. In Phasen hohen Energiebedarfs könnten dann nicht genutzte Stellen für kurze Zeit aus der Ferne abgestellt werden, ohne dass die Bewohner dies überhaupt bemerken. Elektroautos sollten in Anlehnung an einen erfolgreichen Pilotversuch in Ulm auch über Handy und das Internet vermietet werden. Ein Elektro- Stadtbus soll für ältere Leute kostenlos verkehren.

Zugleich soll die Musterstadt auch baulich verschönert und etwa mit abgesenkten Bordsteinen für ältere Menschen zugänglicher werden. Schon jetzt haben sich viele Ruhrgebietsbürgermeister und die EU interessiert. Welche Stadt den Zuschlag bekommt, ermittelt eine Jury in einem Wettbewerb, der am 22. März offiziell ausgerufen wird.

Dabei wird eine Kommune ausgewählt, die in etwa dem statistischen Durchschnitt des Ruhrgebiets entspricht - also zwei Drittel der Fläche Wohnen, ein Drittel Gewerbe und Industrie. Ein reiner Industriestandort mit

Stahlwerk oder Chemiefabrik wird es genauso wenig wie ein ländlicher Ort.

Wir Grünen meinen, da die Wahrscheinlichkeit der Berücksichtigung Schwertes bei der Auswahl für dieses Projekt sicherlich höher ist als bei einem Lottogewinn, sollten wir die Chance nutzen.

Mit freundlichen Grüßen,

Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

Hier findet ihr eine **Informationsseite über eine Recyclingidee** für Kunststoffe und Elektroschrott:
<http://sites.google.com/site/kryorecycling/>

REDE ZUM SCHWERTER HAUSHALT 2010 von Rupert Filthaus, Fraktionssprecher der Grünen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Es ist für mich auch das erste Mal das ich etwas zum Haushalt sagen darf oder muß.

Die Haushaltsdebatte, so heißt es, ist die Sternstunde des Parlamentes bzw. Stadtrates. Es besteht in Ihr die Gelegenheit um eigene Vorstellungen zu kämpfen und mit dem politischen Gegner abzurechnen.

Ich habe kürzlich unser Büro aufgeräumt und dort ältere Protokolle gefunden, die über 8- 10 Seiten gingen und dort war es wirklich so.

Aber der vorgelegte Haushaltsentwurf stellt uns alle vor eine neue Situation die es mir unmöglich macht eine Haushaltsrede im alten Stil zu halten.

Meine Damen und Herren.

Vor zwei Jahren haben wir hier gesessen und über Haushalt 2008/09 diskutiert und über die Rödl Liste heftig gestritten. Von der Verwaltung wurde uns ein HSK vorgelegt das mal mehr Wert war als das Papier worauf es stand. Und die Mehrheit des Rates war bereit diesen schwierigen Weg zu gehen. Es war für uns Grüne nicht leicht aber es war die richtige Entscheidung.

Alte Erbsünden wie das FAB wurden beerdigt, alle freiwilligen Leistungen kamen auf dem Prüfstand und führten teilweise zu schmerzlichen Einschnitten und wir haben den Bürger mit Steuern- und Gebühren Erhöhungen viel zu gemutet.

Das Ziel, was wir auch erreicht haben, war die Genehmigung des Haushaltes durch die Aufsichtsbehörde und die Aussicht mittelfristig auf einen ausgeglichenen Haushalt. Wir konnten uns die Kommunale Selbstverwaltung erhalten und so z.B. eine Stelle für den Quarterback schaffen und das Überleben von Kunterbunt sichern.

Aber die Finanzkrise in 2009 kam auch bei den Kommunen an!

Auswirkungen waren dramatisch sinkende Einnahmen aus Gewerbe und Einkommensteuer und geringere Schlüsselzuweisungen. Dazu kamen Landes und Bundesgesetze die den Kommunen neue Aufgaben auferlegten aber einen Finanzausgleich nicht oder nur teilweise vorsahen. Ich erinnere hier nur an KIBIZ oder das letzte von der großen Koalition verabschiedete Gesetz was zur Kürzung der Bundeszuschüsse für die KDU Kosten der ALG2 an die örtlichen Sozialhilfeträger-Kreise führte. Die Konsequenz war die Erhöhung der Kreisumlage auf 52%.

Diesen finanziellen Rahmenbedingungen haben wir es hauptsächlich zu verdanken, das wir heute über einen Haushalt entscheiden müssen, mit einem HSK was nicht genehmigungsfähig ist.

Meine Damen und Herren.

Wie geht es jetzt weiter und wie gehen wir damit um ?

Bei einer Schuldenlast von 50 Mill und einem Einsparpotenzial bei den geplante freiwilligen Leistungen (wenn wir auf alle verzichten würden) von ca. 2 Mill, ist uns sicherlich allen klar das wir eine Entschuldung aus eigener Kraft nicht schaffen können. Allein unsre Zinszahlungen sind höher. Es kann auch kein Trost das sich andere Kommunen in der gleichen Lage befinden und in die Haushaltsführung abrutschen.

Wir können nur hoffen das die Notlage der Kommunen, mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände, in Berlin und Düsseldorf zum Nachdenken und zu einer geänderten Gemeindefinanzierung führt.

So ist auch unsere Antrag zu verstehen. Wir wollen alles versuchen um unsere kommunale Selbstverwaltung zu erhalten. Notfalls ist der Schritt zum Verfassungsgericht NRW zu prüfen.

Meine Damen und Herren.

Ich komme zurück zu Schwerte.

Ich sage nochmals für uns Grüne der Weg mit Rödel war richtig und das Sparen muß weitergehen. Das bedeute aber, und das ist kein Widerspruch, eine weitere Kürzung der sogenannten freiwilligen Ausgaben wird es mit uns nicht geben.

Zu einer Lebenswerten Stadt mit einem lebendigen Gemeinwesen gehört auch ein breites Angebot für Jugend, Familie, Kultur, Sport und im sozialem Bereich. Das ehrenamtliche Engagement ist wichtig, und wir sind in Schwerte in der glücklichen Lage das sich viele Menschen daran beteiligen z.B. Freiwilligen Börse, Stadtmarketingaber es kann und darf nicht ursprüngliche Aufgaben des Staates – Stadt übernehmen. Aufgaben wie z.B über Jahre die Beispielbarkeit von Sportplätze zu gewährleisten - nachzulesen im Sportstättenentwicklungsplan - ist keine Aufgabe für das Ehrenamt.

Ich komme zum Schluß und zum Fazit:

Durch die prekäre Finanzlage ist dem Rat die Entscheidung „Was wir wollen“ genommen. Aber es bleibt, und es betrifft nicht nur dir freiwilligen Leistungen, das „ Wie wir es wollen“.

Und hier werden wir Grünen in den nächsten Jahren bei Entscheidungen wie z. B. Ausbau B236 oder Energetische Sanierungen der Schule - Erneuerbare Energien oder Kulturbereich (Erhalt Kulturbüro- Welttheater der Straße) deutliche Akzente setzen um das Lebenswerte in Schwerte zu erhalten.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

für die Beratung im Rat am 10.02.2010

Beteiligung der Stadt Schwerte an der, von der Stadt Neuenrade, **geplanten Klage vor dem Verfassungsgericht NRW** gegen die derzeitige Gemeindefinanzierung“

Sehr geehrter Herr Böckelühr,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet Sie, nachfolgenden Antrag als weiteren Tagesordnungspunkt der Ratssitzung am 10.02.2010 aufzunehmen.

Antrag

Die Stadt Schwerte, vertreten durch den Bürgermeister, soll sich der von der Stadt Neuenrade geplanten Klage vor dem Verfassungsgericht gegen die derzeitige Gemeindefinanzierung anschließen.

Ein Gutachten zur Prüfung der Machbarkeit einer solchen Klage ist in Zusammenarbeit mit der Stadt Neuenrade sowie eventuell noch anderer Städte in Auftrag zu geben.

Begründung

Durch die finanziellen Rahmenbedingungen in 2009 und die Prognosen für 2010, wie Einbruch der Steuereinnahmen, Finanzkrise und für die Gemeindefinanzen nachteilige Gesetzgebung in Düsseldorf und Berlin ist die Genehmigung des Doppellhaushaltes 2010/2011, selbst nach Einschätzung der Verwaltung, Utopie. Im Jahr 2011 droht die bilanzielle Überschuldung.

Die Stadt Schwerte hat durch Umsetzung des Haushalts sicherungskonzeptes, basierend auf dem Rödl-Gutachten und dem Gutachten der Gemeinde-Prüfungsanstalt, alles getan, was in ihrer Macht stand, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erhalten und nachhaltige Einsparungen vorzunehmen.

Selbst das Streichen aller freiwilligen Leistungen, die etwa 3% des Gesamthaushaltes ausmachen, würde diese Situation in den nächsten Jahren nicht verbessern.

Wir meinen: Es muss sich grundlegend etwas ändern. Aus eigener Kraft kann Schwerte, wie auch andere Städte, diese Finanzkrise nicht bewältigen. Für uns Grüne ist in dieser Finanzsituation die kommunale Selbstverwaltung, nach GG Absatz 2 in Artikel 28, nicht mehr gewährleistet.

Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.

Rupert Filthaus
Fraktionssprecher

PRESSEMITTEILUNG

Nach der Fällaktion der Bäume am Kischbaumsweg sind bei uns, den Grünen, einige offene Fragen zurück geblieben. Daher haben wir folgende Anfrage an die Verwaltung gestellt mit dem Ziel, dass solche Aktionen in Zukunft zuerst im zuständigen Ausschuss genehmigt und die Öffentlichkeit ausführlich und frühzeitig über den Grund für Baumfällungen informiert wird. So konnten wir gerade die geplanten Fällungen in der Brunnenstraße (Geisecke) durch grünes Engagement verschieben, sodass dort nun erst die Öffentlichkeit informiert wird.

Anfrage an die Verwaltung:

Nachdem nun zum wiederholten Male einige Bäume durch den stadteigenen Baubetriebshof ohne Beteiligung der Öffentlichkeit gefällt wurde, stellen sich für BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgende Fragen, die in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt durch die Verwaltung beantwortet werden sollen:

- Was war die Ursache für die Fällung der Bäume am Kirschbaumsweg?
- Wie kann gewährleistet werden, dass im Vorfeld von Baumfällaktionen die Öffentlichkeit immer über die Ursache und den Grund informiert wird?
- Wer entscheidet über Art, Umfang und Ort der/von Ersatzpflanzungen?

Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

für die Beratung im Ausschuss für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt am 28.1.2010
Bebauungsplan Nr. 169 1. Änderung „Sportanlagen Gesamtschule“

Sehr geehrter Herr Böckelühr,
die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt zu setzen, zu beraten und zu beschließen.

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan Nr. 169 1. Änderung „Sportanlagen Gänsewinkel“ unverzüglich fertig zu stellen, d.h. die noch ausstehenden Verfahrensschritte bis einschließlich Satzungsbeschluss durchzuführen.

Begründung:

In der VII/38. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses der Stadt Schwerte am 30.9.2009 ist der Aufstellungsbeschluss zum o.g. Bebauungsplan einstimmig verabschiedet worden (Drucksache VII/1247). Dieser Aufstellungsbeschluss ist zurückzuführen auf einen entsprechenden Beschluss des Rates der Stadt Schwerte vom 20.4.2005 (!).

In der VII/33. Sitzung des Rates der Stadt Schwerte am 23.9.2009 bestätigt der Bürgermeister, Herr Böckelühr, unter TOP 22 – Informationen und Anfragen – auf Anfrage von Herrn Dr. Folkers, dass die Verwaltung keinen Bebauungsplan für die Sportanlage an der Gesamtschule erstellen wolle. (Auszug aus dem Protokoll: „Vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage und dem vorgestellten Budgetbericht habe die Verwaltung erhebliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung verschiedenster Maßnahmen; wozu der geplante Sportplatzneubau der Gesamtschule zähle.“)

Unbestritten ist, dass das vorrangige Ziel des Bebauungsplanes die Errichtung eines 3. Kleinspielfeldes für die Gesamtschule ist. Angesichts der prekären Haushaltslage der Stadt Schwerte erscheint tatsächlich fraglich, ob die erforderlichen Finanzmittel für diese Baumaßnahme in den Haushaltsberatungen eine Mehrheit finden werden. Unbeschadet dieser misslichen Situation – das Kleinspielfeld hätte längst fertiggestellt sein können – erfüllt der o.g. Bebauungsplan auch ohne die Realisierung des Kleinspielfeldes eine wichtige Funktion für die Gesamtschule: Der Bebauungsplan sichert der Schule den nötigen Abstand zur jetzt bereits vorhandenen Wohnbebauung und hält damit Entwicklungsmöglichkeiten für die größte weiterführende Schule der Stadt auch mittel- und langfristig offen. Das ist um so mehr von Bedeutung, da das Schulgelände vor Jahren bereits am östlichen Rand durch Wohnbebauung erheblich verkleinert wurde.

Auch der Verweis der Verwaltungsspitze auf die prekäre Haushaltslage kann nicht als Argument für die Einstellung des Bebauungsplanverfahrens dienen: In der VIII/2. Sitzung des Rates der Stadt Schwerte am 4.11.2009 wusste der Bürgermeister, Herr Böckelühr, keinen finanziellen Vorteil für den städtischen Haushalt zu nennen, der durch dieses Vorgehen erreicht worden wäre (vgl. Protokoll vom 4.11.2009, TOP 28 – Informationen und Anfragen, Anfragen, 2. Bauabschnitt Sportplatz Gesamtschule Gänsewinkel).

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass der laut Zuständigkeitsordnung zuständige Ausschuss in dieser Angelegenheit eine eindeutige Entscheidung getroffen hat. Das Vorgehen der Verwaltungsspitze steht damit in Widerspruch zu den Vorgaben der Gemeindeordnung NRW (§ 62 Aufgaben und Stellung des Bürgermeisters, hier Abs. 2 Satz 2).

Mit freundlichen Grüßen

Jan Fischer
Fraktionsgeschäftsführer

PRESSEMITTEILUNG

Die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN beweist ihre Bürgernähe! In lockerer Folge wird es nun offene Sprechstunden für alle interessierte Bürgerinnen und Bürger im Fraktionsbüro der Grünen im Rathaus geben. Dabei werden immer wichtige Themen im Mittelpunkt stehen, wobei sich Fraktionsmitglieder und Mitglieder des Ortsverbands den Fragen und Diskussionen der Bürger stellen bzw. grüne Standpunkte erleutern.

Am Montag, 18.01.2010 findet zwischen 17 und 19 Uhr die erste offene, grüne Sprechstunde statt. Zum Thema „Umwelt, Naturschutz und ganz aktuell die Baumfällaktionen in Schwerte“ sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger in das Fraktionsbüro der Grünen (Rathaus, Raum 125) eingeladen, das Gespräch zu suchen und Fragen zu stellen.